

die Beobachtungen, daß auch untertariflich entlohnte Arbeit angenommen wird. Die Gewerkschaften spüren zum Teil selbst schon in ihrer Mitgliederentwicklung wie vor allem in ihren Ausgaben, daß die Lage unhaltbar wird. So las man kürzlich z. B. in dem Bericht des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuille für 1930: »Überschüsse wie in den Jahren 1927 und 1929 konnten nicht mehr erzielt werden, vielmehr mußten dem Vermögensbestand 211 657 Mark entnommen werden, um die Ausgaben zu decken. Von den Ausgaben der Hauptkasse in Höhe von 1 269 033 Mark entfielen allein rund 525 000 Mark zur Arbeitslosenunterstützung, 97 200 Mark zur Krankenunterstützung, 78 715 Mark auf Lohnbewegungen, Streik- und Gemäßregelungenunterstützung usw. Die Erwerbslosenunterstützung stieg z. B. von 12,80 Mark im Jahre 1929 auf 20,85 Mark pro Kopf im Berichtsjahr, obwohl die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1929 auch schon 21,4 Prozent betrug.« Bezeichnenderweise warnt eben der Präsident des Reichstags Paul Löbe im »Vorwärts« vor der Illusion, daß etwa die Lage der Arbeiterschaft gebessert werden könnte, wenn die Sozialdemokratie die Regierung übernehme. Er weist im Gegenteil darauf hin, daß auch eine sozialistische Regierung unzweifelhaft nur werde erhöhte Lasten dekretieren können, und zwar eben auch für die Arbeiterschaft. Demgemäß waren die einschlägigen Referate auch auf dem Leipziger Parteitag jetzt auf den Ton gestimmt, daß eine Sozialisierung der Wirtschaft nicht in Frage kommen könne. Die kapitalistische Wirtschaft müsse erhalten bleiben, um in ihr und auf ihre Kosten die Sozialpolitik weiter treiben zu können, die sich bisher als so erfolgreich erwiesen habe. Gerade aber auch wer das will, wird dann der Wirtschaft unbedingt die Freiheit geben müssen, ihre Kräfte ungehindert zu entfalten und bestmöglich zu gebrauchen; denn nur so kann sie die Mittel erarbeiten und erst verdienen, von denen Staat und Sozialpolitik mit leben können. Wirtschaftsfreiheit wird so die dringendste Parole. Um so mehr braucht die Wirtschaft Freiheit, als sie nur so auch der Gefahr begegnen kann, die ihr von der kurzfristigen Verschuldung an das Ausland droht. Auf etwa 12 Milliarden wird diese Verschuldung geschätzt. Es ist ja wohl nicht zu befürchten, daß diese Kredite einmal plötzlich in vollem Umfang aus Deutschland herausgezogen werden. Wo wollte man mit dem Gelde hin? Ein solcher Schilfbürgerstreik würde sich an seinen Veranstaltern selbst bitter rächen. Aber diese kurzfristige Verschuldung bleibt doch ein Damoklesschwert. Der letzte Reichsbankausweis läßt einen Goldabfluß von rund 300 Millionen erkennen. Das ist nur ein Bruchteil des ganzen Betrages. Der Abzug ist reibungslos vor sich gegangen und ist keineswegs kritisch. Aber die Möglichkeit einer Verschärfung dieses Vorgangs beunruhigt doch. Im Hinblick auf die zu erwartenden internationalen Auseinandersetzungen muß Deutschland gerade hier gewappnet sein. Dazu gehört aber nicht nur ein auf dem Papier ausgeglichener Staatshaushalt, sondern auch eine widerstandsfähige Wirtschaft mit entsprechender Bewegungsfreiheit. Das muß die Regierung im Auge behalten und ihre Notverordnungs politik demgemäß einrichten.

Die Konjunkturberichte über die letzten Wochen können ihrerseits diese Notwendigkeit nur noch weiter unterstreichen. Die Gesamtwirtschaftslage hat sich im Monat Mai nicht gebessert. Wenn auch die Beschäftigung in einzelnen Industriezweigen eine Belebung aufwies und dementsprechend die Arbeitslosigkeit gesunken ist, so liegen hier doch nur saisonmäßige Einflüsse vor, die noch keine Rückschlüsse auf eine kommende konjunkturelle Belebung der Wirtschaft erlauben. Den Börsen brachte der Mai, wie wir den Monatsberichten des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe entnehmen, die Fortsetzung des sich seit Mitte April vollziehenden langsamen Rückgleitens des Kursniveaus. Die Erkenntnis, daß die Überwindung der nationalen wie der internationalen Wirtschaftskrise nicht allein durch einen saisonmäßigen Aufschwung erreicht werden kann, sondern nur äußerst zögernd vonstatten gehen wird, hat immer mehr Boden gewonnen. Gegen Mitte des Monats nahm die Abwärtsbewegung der Kurse schärferes Tempo an. Die Börsenpause durch das Pfingstfest brachte keine Erholung, im Gegenteil trat am Dienstag nach dem Fest allent-

halbem ein empfindlicher Kurssturz ein. An diesem Tage fand auch die Festsetzung der Liquidationskurse statt, und ein Vergleich dieser Kurse mit denen des Vormonats zeigt die schweren Einstürze, die das Kursgebäude im Laufe des Mai erfahren hat. Am schwersten betroffen wurden die Papiere, die von der »Hausse« des letzten Monats besonders profitieren konnten. Sucht man nach den Gründen, die zu dem neuen Verfall des Kursniveaus geführt haben, so ist zu bedenken, daß die relativ günstige Entwicklung, welche das Börsengeschäft in Deutschland in den Vormonaten genommen hatte, sich größtenteils gesondert von der Bewegung an den internationalen Plätzen, insbesondere von New York, vollzogen hat. Während im Auslande der unverändert starke Druck der Wirtschaftskrise nach wie vor lähmend auf die Börsen wirkte und das Kursniveau weiter absank, herrschte an den deutschen Börsen alles in allem eine freundliche Stimmung, obwohl auch in Deutschland das Frühjahr kaum eine Erleichterung des Krisendruckes gebracht hat. Der fortschreitende Kursverfall an der New Yorker Börse führte auch an den deutschen Märkten in zunehmendem Maße zu Realisationen des Auslandes. So mußten u. a. amerikanische Investment Trusts im Interesse ihrer Liquidität ihre deutschen Wertpapiere an den deutschen Börsen verkaufen. Unglücklicherweise wurde die wachsende Abgabeneigung des Auslandes noch verstärkt durch die Ereignisse auf dem Wiener Platze. Die Schwierigkeiten der österreichischen Creditanstalt hatten insbesondere das amerikanische Publikum mißtrauisch gegenüber den mitteleuropäischen Börsen gemacht, wobei es aus der amerikanischen Perspektive gesehen wenig Unterschied ausmacht, ob die Schwierigkeiten in Österreich oder Deutschland eingetreten sind. Die Nachricht von den Zahlungsschwierigkeiten eines weiteren angesehenen Wiener Bankhauses, die am Dienstag nach dem Fest bekannt wurde, steigerte die durch die Auslandabgaben hervorgerufene Nervosität an den deutschen Börsen noch mehr. Zu allem kam dann noch die jüngste politische und die wirtschaftliche Entwicklung. Einmal verstimmten die außenpolitischen Ereignisse, so die französische Präsidentenwahl und vor allen Dingen die Gestaltung, welche die Frage einer Zollunion mit Österreich durch die Genfer Tagung erfahren hat. Innenpolitisch und zugleich innerwirtschaftlich sind es die neuen Sorgen über die Entwicklung der deutschen Finanzen unter dem Druck der Saison nur gering weichen Arbeitslosigkeit, die den Ausblick und die Hoffnungen auf die Zukunft stark trüben. Auch die zahlreichen Dividendenenttäuschungen, welche die Börse im letzten Monat erlebt hat, wirkten verstimmend. Während so an der Börse sich, nach den Monaten der aufsteigenden Sonderbewegungen, im Mai die Verbundenheit mit den ausländischen Plätzen wieder Geltung verschaffte, verharrte der deutsche Geldmarkt immer noch in bemerkenswerter Isolierung von den fremden Märkten. Die Herabsetzung der New Yorker und Londoner Diskontrate ist auf die Gestaltung des deutschen Zinsfußes ohne Einfluß geblieben. Die Reichsbank hat auch deshalb davon abgesehen, ihren Satz ebenfalls zu ermäßigen, obwohl er jetzt 3½% über dem New Yorker und 3% über dem Londoner Satz liegt. Das Verfallen des Funktionierens des Zinsfußes ist ebenfalls ein Zeichen, wie mißtrauisch man im Ausland den deutschen Verhältnissen gegenüber eingestellt ist.

Die wirtschaftliche Lage des Einzelhandels hat im Mai im allgemeinen ebenfalls keine Besserung erfahren. Obgleich das Pfingstfest in den Berichtsmonat fiel, wurde der Umsatz des Vergleichsmonats des Vorjahres nicht erreicht. Auch unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Preisentfaltungen lagen die Umsätze im Mai niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres. Das Pfingstgeschäft war zwar in den letzten Tagen vor dem Fest im allgemeinen lebhafter. Im ganzen hat es die bescheidenen Erwartungen jedoch nicht erfüllt. Gegenüber dem vorjährigen Pfingstgeschäft ist ein erheblicher Umsatzrückgang festzustellen. Nach dem Fest ließ das Geschäft stark nach. In weit stärkerem Umfange als die Zahl der Käufer hat der Umsatz je Kunde sich vermindert. Daraus ergibt sich, daß die Nachfrage sich fast ausschließlich auf billigste Artikel und niedrigste Preislagen erstreckte. Die Zahl der Ausverkäufe hat sich erhöht. In weit größerem Ausmaße als in den Vormonaten